

Die Rote Fahne.

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 10.

Samstag, den 17. November 1918.

1. Jahrgang.

Wirtschaftliche Tätigkeit in Russland.

Die deutschen Genossen wandten und wenden sich öfters an mich mit der Frage, ob und was in Russland für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens geschehe. Aus diesen Fragen klingt immer eine sehr verständliche Unruhe heraus. . . . Ich entschloß mich daher, in dieser Vorlesung eine Antwort auf diese berechtigten Fragen zu geben. Allerdings kann ich, da ich von meinem Lande augenblicklich abgeschnitten bin, Angaben von nur ganz allgemeiner Natur machen.

Zunächst antworte ich mit voller Offenheit kurz und bündig: Jawohl, die jetzige Regierung Russlands macht alle Anstrengungen, um neue Formen des Wirtschaftslebens zu schaffen! Vom Augenblick des Vrestes Friedens an (wenn man dem Werk von Vrest-Litovsk den Namen "Friede" beilegen darf) ergriff Russland energisch die Initiative, den Warenverkehr mit Deutschland und anderen Ländern, wie Schweden, Dänemark, Norwegen, wieder herzustellen. Aber . . . und auf dieses große Werk möchte ich die Aufmerksamkeit der Leser ganz besonders lenken. Denn dieses Werk ist das Symbol der politischen Lage im Innern Russlands. Statt einer einzigen und planmäßigen Arbeit zur Schaffung von notwendigen Lebensbedingungen, litt das Land alsbald unter einer von außerhalb hereingetragenen Zwietracht. Die tschechoslowakische Bewegung, das Abenteuer der Generale Krasnow, Aleksejew und anderer, ins Leben gerufen unter Mithilfe der imperialistischen Regierung eines angeblich befreundeten Landes, das diese Generale, die die verlorene Lage zu eigenmächtigen Zwecken auszubehalten suchten, mit Waffen, Kanonen, Geschossen und sonstigem Kriegsgerät versorgte. (Die nächste Zukunft wird hierüber, wie ich hoffe, die unüberlegbaren Beweise bringen.) Sondern war auch die Marmanbewegung, ebenfalls von außen inspiriert. Alle diese Ereignisse mußten ein Chaos in das Leben hineintragen. Eine Regierung, die das Erbe von Lenin wie Kerenski & Co. traurigen Angebens in ihre Hände nahm, mußte mit diesen Abenteuern rechnen, die von außerhalb aus gegenrevolutionäre Gründe unterstüzt wurden. Anstatt sofort friedliche Arbeit leisten zu können, mußte sie eine Reihe von Kriegen auf verschiedenen Fronten führen.

Ich glaube, diese kurze Auskunft kann genügen, um einem jeden, der hören und sehen will, verständlich zu machen, daß die erwähnten Abenteuer ein großes provokatorisches Ziel hatten. Wenn sie die Regierung zwangen, unübliche und schwere Kriege zu führen, sollten sie die wertvollen Kräfte von der planmäßigen Tätigkeit zur Herstellung von Bedarfsgegenständen sowie durch den immer größer werdenden Zerfall des inneren Lebens die Regierung in den Augen der Masse endgültig diskreditieren und sie verhaft machen. Mit einem Wort: die gegenrevolutionäre Tätigkeit hatte die Aufgabe, der Welt und hauptsächlich den Arbeitermassen zu zeigen, daß der Sozialismus zu jeder schaffenden Tätigkeit unfähig sei und daß er den Völkern nur Leiden und Schreden bringe. Der Name dieser Aufgabe ist: die große Provokation!

Die Regierung Russlands, von verschiedenen Fronten bedrängt, legte die Waffen nicht nieder. Mit der einen bewaffneten Hand wehrte sie den gegen die Massen gerichteten gegenrevolutionären Ansturm, in der anderen hielt sie die Palme des Völkereides und schritt zielbewußt auf dem Wege der Neugestaltung des Lebens vorwärts.

Unsere Landwirtschaft, durch den Krieg von allen notwendigen Maschinen und Geräten entblößt, zog zunächst die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich. Es wurden in Schweden Massenankäufe von Senen, Sägeln u. a. m. organisiert. Unter dem Einfluß der starken Nachfrage bildeten sich dort bald Fabriken, die speziell für Russland arbeiten und die Aufträge für mehrere Jahre abgenommen haben. Aber auch der Industrie schenkte die Regierung das größte Interesse. Von allen Seiten durch gewalttätig konstruierte, selbständige "Scaalen" (z. B. die berühmte "Ukraine") von den reichsten Provinzen abgeschnitten, blieb Nordrussland ohne Kohlen. . . .

Kohle, Kohle und nochmals Kohle wurde das Losungswort des Augenblicks. Die russische Regierung trat in Unterhandlungen mit der "befreundeten" Regierung Wilhelms ein, und nach langen diplomatischen Unterhandlungen willigte letztere ein, an Russland 100 000 Tonnen Kohlen gegen Kompensationswaren zu liefern. Gleichzeitig gründete die russische Regierung Organisationen zur Einrichtung eines geordneten Warenaustausches mit Deutschland. Sie hielt für die Ausfuhr nach Deutschland enorme Mengen von Hanf, Berg, Pelzwaren, Zwirn, Seife u. a. m. in Bereitschaft.

Ich will mir die Mühe der Aufstellung aller einzelnen Maßnahmen der russischen Regierung, zwecks Herstellung von Handelsbeziehungen zum deutschen Brudervolk, sparen. Auch will ich von einer Aufzählung der Warenarten, die sie dem deutschen Volk liefern und im Austausch dafür erhalten wollte, absehen. Wozu auch? Denjenigen, der nicht glauben will, werde ich nicht überzeugen; derjenige, dem diese Entwicklung unerwünscht ist, wird immer sagen, daß die russische Regierung nichts getan habe und nichts tue, um einen regelrecht funktionierenden wirtschaftlichen Apparat zu schaffen.

Ich will für heute schließen. Und dieser Schluß soll eine innige Bitte an die Leser sein, nicht den Verleumdungen zu glauben, die von den Feinden des Volkes ausgereutet werden, die Zwietracht zwischen dem deutschen und dem russischen Volke streuen wollen. Der Leser darf nicht vergessen, daß die Feinde des Volkes, deren Abdruck die Verbrüderung der Völker ist, mit allen Mitteln die Völker gegeneinander anzuhetzen suchen, indem sie dem verzerrten Bild des großen Menschenhassers Machiavelli folgen: divide et impera (Teile und herrsche).

Der gesunde Verstand der deutschen Brüder wird allen Völkern den klaren und einfachen Jagen: Nur in der Einigkeit und dem brüderlich eingerichteten Warenaustausch ist unsere Kraft, unsere Macht und unser Leben.

Hamburg, 17. November 1918. G. S.

Nu die Internationale!

Arbeiter! Parteigenossen!

Die große, geschichtliche Tat ist vollbracht, die deutsche Revolution ist nicht mehr bloß ein Gegenstand der Sehnsucht, sie ist lebendige Wirklichkeit geworden. In wenigen Tagen erhob sich im ganzen Reich die Arbeiterschaft in einmütigem Zusammenwirken mit Soldaten und Matrosen, ist entschlossen, koste es, was es wolle, die drückende Herrschaft abzuwerfen. In klarem Einmütigkeit, die prächtigen Mannschaften der Marine voran, bemüht sich das arbeitende Volk Deutschlands der Regierungsgewalt.

Eicherung des Friedens, Wiederaufrichtung der zerstörten Volkswirtschaft, Ausbau der sozialistischen Gesellschaft, das sind jetzt unsere großen Aufgaben. Unser Volk bittet um unzähligen Wunden, die die verbürgerliche Politik der besitzenden Klassen und ihrer Regierungsmänner geschlagen haben. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte kann es gelingen, auf den Trümmern eine neue Welt, eine Welt der Freiheit und Brüderlichkeit entstehen zu lassen.

Der harte Waffenstillstandsvertrag erschwert dieses Werk ungemein. Die deutschen Politiker, die dem schmachvollen Frieden von Vrest-Litovsk zustimmten, haben kein Recht, sich zu beklagen, daß die Entente sie in gleicher Weise behandelt. Wir aber haben mit der ganzen Macht, die uns unsere internationale sozialistische Gesinnung verleiht, diesen Friedensvertrag, ebenso wie den von Vakarst, belämpft. Hundenden Herzen empfanden wir damals, daß wir noch nicht stark genug waren, diese Gewalttate zu verhindern. Aber das Verlangen, das Ilurecht wieder gut zu machen, stärkte unsere Kraft bis zur höchsten, revolutionären Energie. Jetzt, wo die Welt vom Abdruck des preußisch-deutschen Militarismus befreit ist, ist es an Euch, den Kampf zu führen gegen die Gewaltpolitik in Euren Ländern, zu verhindern, unsere Revolution zu erlösen, den Keim für neue Kriege zu legen. Wir beugen uns heute der Not der Stunde, wenn wir auch die drückendsten Bedingungen, die uns auferlegt werden, annehmen.

Wir appellieren aber an Eure Klassenolidarität, an Eure Gerechtigkeitsgefühl, an Eure sozialistische Gesinnung. Und wir sind gewiß, Ihr werdet Eure Macht so stärken, daß eine Vergewaltigung von Brüdern nicht mehr stattfinden kann. Folgt ihr uns, dann hat die Stunde des Kapitalismus in der ganzen Welt geschlagen.

Es lebe der internationale Sozialismus!
Die Solidarität aller Völker!
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Ernst Tammig, Wilhelm Tittmann, Hugo Baale,
Adolf Hofer, Gustav Lanfant, Georg Ledebour,
Robert Wengels, Lise Zich.

George sagte dann, er lege Wert auf den revolutionären Geist, der in der Luft liegt, vorausgesetzt, daß er in gute Bahnen geleitet werde und von nationaler Gesinnung, Zusammenarbeit und Vorkosterung erfüllt sei. Er fürchte weder die Revolution nach den Bolschewikern, sondern die Reaktion. Er wünsche in England eine bescheidene Regierung aller Parteien. Was den Freihandel betreffe, so sei er nicht der Ansicht, daß man so weit gehen müsse, wie die Pariser Beschlüsse. Der dritte von den 14 Punkten Wilsons verbinde jeden wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege. Dementsprechend sei für Irland eine Notwendigkeit, aber aller diese nicht gewungen werden. Das Lösungswort der Regierung müsse "fortschritt" sein. Inmitten der wilden Revolutionen müsse England festhalten, als Vorbild einer verständigen Entwicklung. Die Friedensverhandlungen müßten zu einer prinzipiellen Regelung aller dieser Fragen führen. Wir müssen uns, verheißt er, allen Versuchen widersetzen, die gemacht werden könnten, um die Regierungen von den klaren Gesichtspunkten des Rechts fortzubringen.

Eine Revolution in Ruhe und Ordnung, das heißt eine Revolution, die einfach nur die Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft besetzt, wünsche ich auch keine kapitalistischen Interessenvertreter. Eine Monarchie und ohne Militarismus erweitert sich die Ansicht auf Recht, die Interessen werden geringer. Dafür kann man einen Sozialpolitiker bewilligen. So denkt man sich den Kompromiß, bei dem das Proletariat die Früchte der Revolution um ein Zinigericht verlor.

Proletariat erwacht!

Ein Junkspruch, datiert vom 12. November 1918, aus Jarlsloje Selo übermittelte, leider in teilweise verfallener Form, einen klammernden Mahnruf, den der russische Volkskommissar Tschichserin an die Proletariat der Ententeländer richtete. Er fordert sie auf, nicht zu dulden, daß die Entente-imperialisten dem deutschen Volk einen Raubfrieden auferlegen. Daß man den Ruf vernommen, ihn begreift hätte, davon spricht man bisher leider nicht entschieden. Wir hoffen aber immer noch, daß die Sozialisten drüben die große Stunde verstehen und mit uns den Kampf für die Herbeiführung des Weltsozialismus energisch aufnehmen. Der Mahnruf lautet, soweit der Text rekonstruiert werden konnte, wie folgt:

Jarlsloje Selo, 12. November. An die Soldaten der Verbündeten an der Westfront. An alle, an alle, an alle!

In Deutschland ist die Revolution ausgebrochen. Der preußische Militarismus wurde zermalmt, nicht durch die Geschütze und Tanks des verbündeten Imperialismus, sondern durch die Erhebung der deutschen Arbeiter und Soldaten. Kaiser Wilhelm hat abgedankt und ist ein Gefangener in den Händen seines Volkes. In Berlin vereinigen sich die Soldaten mit den Arbeitern zum Sturz der Junkermacht. Sie haben einen Arbeiter- und Soldatenrat gegründet. In allen wichtigen Provinzialstädten haben die Arbeiter und Soldaten rekrutiert und haben die Macht in ihre eigene Hand genommen.

Die deutsche Flotte ist vollständig zu den Revolutionären übergegangen und hat die rote Flagge des internationalen Sozialismus an den Mast genagelt. In den Häfen Hamburg, Kiel, Bremen, Wilhelmshaven haben die Mannschaften den Befehl über die Schiffe ergriffen und sorgen selbst für Disziplin unter der Leitung von Matrosenräten. Die revolutionäre deutsche Flotte sandte Junksprüche aus, in denen sie ihren Anschluß an die Revolution kundtat.

Die Revolution hat abergegriffen auf die deutsche Armee an der Westfront. Die Soldaten verweigern ihren Offizieren den Gehorsam. Es wird behauptet, daß sie direkte Verhandlungen mit den Soldaten der französischen Armee angestrichelt haben. Die Befehlshaber der verbündeten Armeen werden nunmehr verurteilt, ihre Herrschaft über die ganze Welt auszuüben.

Soldaten, Arbeiter, Genossen von den verbündeten Armeen! Die Fortsetzung des Krieges kann offenbar jetzt keinem anderen Zweck dienen, als den Triumph des verbündeten Imperialismus zu sichern und die neugewonnene Freiheit des deutschen Volkes zu vernichten. Der Krieg wird nun endgültig ein Krieg zwischen den beiden miteinander ringenden Klassen: zwischen den Kräften des internationalen Kapitalismus und der Arbeiterklasse. Diejenigen Arbeiter, die jetzt die Befehle ihrer kapitalistischen Regierungen ausführen, leisten Beihilfe bei der Niederlage ihrer eigenen Klasse.

Soldaten, Arbeiter, Genossen! Weigert Euch, noch länger Euch auf dem Altar des Imperialismus zum Opfer zu bringen! Weigert Euch, Euren Herren noch länger als Schuttdamm vor dem Sturm der Sturmflut der Arbeiteremancipation zu dienen! Nehmt Eure Waffen gegen Eure eigentlichen Feinde, die Euch ins Verderben jagen! Die kapitalistische Gesellschaft wankt in ihren Grundfesten. Mit gemeinsamer Anstrengung können die Arbeiter der ganzen Welt sich von der Mißregierung der herrschenden Klassen befreien.

Kameraden von den verbündeten Armeen, ergreift die Hand, die Euch von den revolutionären Arbeitern Russlands und Zentraleuropas entgegengebracht wird! Vereint Euch mit uns, um die Freiheit unserer Klasse zu sichern! Nieder mit dem Krieg! Hoch die sozialistische Revolution!

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Sozialistischen Republik.
Tschichserin.

Eine Fuchspredigt.

Revolution in Deutschland gut, in England muß Ruhe herrschen. Das ist so ungefähr der Sinn einer Rede Lloyd Georges. Darüber meldet Reuters aus London: Beim Empfang der liberalen Abgeordneten in Downing Street sagte Lloyd George, die Regierung dürfe nicht von den streiten Rechtsgrundlagen abweichen. Einen Völkerverbund halte er für notwendig, denn je. Die kleinen Nationen würden den Schutz des Völkerverbundes brauchen. Keener sagte er: Wir werden zur Friedenskonferenz gehen, um Sicherheit zu schaffen, daß der Völkerverbund zur Wirklichkeit werde. Lloyd

George sagte dann, er lege Wert auf den revolutionären Geist, der in der Luft liegt, vorausgesetzt, daß er in gute Bahnen geleitet werde und von nationaler Gesinnung, Zusammenarbeit und Vorkosterung erfüllt sei. Er fürchte weder die Revolution nach den Bolschewikern, sondern die Reaktion. Er wünsche in England eine bescheidene Regierung aller Parteien. Was den Freihandel betreffe, so sei er nicht der Ansicht, daß man so weit gehen müsse, wie die Pariser Beschlüsse. Der dritte von den 14 Punkten Wilsons verbinde jeden wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege. Dementsprechend sei für Irland eine Notwendigkeit, aber aller diese nicht gewungen werden. Das Lösungswort der Regierung müsse "fortschritt" sein. Inmitten der wilden Revolutionen müsse England festhalten, als Vorbild einer verständigen Entwicklung. Die Friedensverhandlungen müßten zu einer prinzipiellen Regelung aller dieser Fragen führen. Wir müssen uns, verheißt er, allen Versuchen widersetzen, die gemacht werden könnten, um die Regierungen von den klaren Gesichtspunkten des Rechts fortzubringen.

Eine Revolution in Ruhe und Ordnung, das heißt eine Revolution, die einfach nur die Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft besetzt, wünsche ich auch keine kapitalistischen Interessenvertreter. Eine Monarchie und ohne Militarismus erweitert sich die Ansicht auf Recht, die Interessen werden geringer. Dafür kann man einen Sozialpolitiker bewilligen. So denkt man sich den Kompromiß, bei dem das Proletariat die Früchte der Revolution um ein Zinigericht verlor.

Die Befugnisse des Bundesrats.

WTB. Berlin, 16. November. Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Verordnung über die Ermächtigung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen.

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach den Gesetzen und Verordnungen des Reichs auszuführenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

§ 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. November.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert, Haase, Staatssekretär des Innern i. V. Dr. Reubald.

Die neue Regierung.

Am 14. November 1918 hat die neue, die sogenannte sozialistische Reichsregierung ein Programm herausgegeben, das selbst unter der Lupe nichts von Sozialismus verrät. Vornehmlich wird viel mehr versprochen, als man erwarten darf. Die Regierung wird sich bemühen, die "geordnete Produktion" aufrechtzuerhalten. Nicht einen Ton von sozialistischen Maßnahmen. Dagegen konnte die regierungsfreundliche Presse dieser Tage versichern, daß die sozialistische Regierung nicht daran denke, sozialistische Maßnahmen zu treffen. Das Programm kann beruhigt sein.

Dieses Programm steht in scharfem Widerspruch mit einer Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin vom 11. November 1918. Sie lautet:

Die Vergeßlichkeit der kapitalistischen Produktionsmittel ist durchführbar und notwendig.
Wessen Ansicht und Wille?

Schutz der Volksgesundheit.

WTB. Berlin, 16. November. Männer und Frauen! Soldaten und Matrosen! Das höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit. Der Volksgesundheit droht schwerer Gefahr, wenn bei der schnellen Demarkation Brandt und sonstige anstehende Krankheiten auftreten — er gar sich häufen. Diese ungeheure Gefahr muß abgewandt werden. Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, muß sofort einen Arzt oder ein Lazarett aufsuchen und verbleibe solange in Behandlung, bis der Arzt ihm sagt, daß sein Leid nicht mehr ansteckend ist. Die beschränkten Maßnahmen der Gesundheitsverwaltung sind auf das Wichtigste zu beschränken. Der Verdacht ist, Sorge für folgende Entlassung. Anstehende Krankheiten sind besonders: Typhus, Ruhr, Cholera, Typhus, Diphtherie und Geschlechtskrankheiten. Wer sich nicht in Behandlung begibt oder das Lazarett vorzeitig verläßt, verflüchtigt sich schwer. 1. an sich selbst, weil sein Leid später schwerer oder gar nicht zu heilen ist; 2. an seiner Familie und seinen Angehörigen, die mit Ansteckung schwer bestraft sind; 3. an der Gesundheit des ganzen Volkes. Das ist der Rat, den Euch erfahrener, um das Volkwohl besorgte Ärzte geben.

Der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenrates.
Wolfskuhr, Rich. Müller.
Die Bevollmächtigten des Volksrates.
Werfon, Wegner.

Organisation der preussischen Verwaltung.

Das preussische Ministerium des Innern teilt durch Rundschreiben an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten mit, daß allen Verwaltungsbehörden Vertreter der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte an die Seite zu treten haben. Wo die Behörden sich dem fügen, sollen sie in Tätigkeit bleiben. An die Arbeiter- und Soldatenräte ergeht dann die Aufforderung, solche Beamte, die sich der Kontrolle fügen, nicht abzugeben oder in ihrer Tätigkeit zu behindern. Wörtlich heißt es: Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit insbesondere für die Volksernährung entstehen kann. An alle öffentlichen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung, die von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Befugnisse wieder zu ermöglichen. Glaubt der Arbeiter-, Soldaten- bzw. Bauernrat notwendige Gründe für die Personalveränderung geltend machen zu können, so muß er diese dem Ministerium des Innern vorlegen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preussischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von den öffentlichen Arbeiter-, Soldaten- bzw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

Die Woge der Revolution.

Reaktionäres Treiben.

Wie der Arbeiter- und Soldatenrat in Warnemünde meldet, ist die in den hiesigen Zeitungen verbreitete Nachricht, englische Kriegsschiffe seien im Warnemünder Hafen eingelaufen, frei erfinden. In Warnemünde ist alles ruhig.

Vergleichen Nachrichten haben nur den Zweck, zu Putsch aufzureizen.

Die oberste militärische Entscheidung.

Um die einheitliche Regelung der Kommandobeziehungen durchzuführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandobeziehungen notwendig. Die herbeizutretenden Generalstabsoffiziere des Generalstabs und die oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Befehle haben alle militärischen Kommandobeziehungen Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Befehlshaber unterliegen der Kontrolle des Volksrates der Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenrates.
Wolfskuhr, Richard Müller.

Eine Mahnung.

Man schreibt uns: Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers gegenüber den Mannschaften bleibt bestehen, nur bei der Verpflegung dem Umlauf und der Bekämpfung von Disziplinverstößen hat der Soldatenrat beratende Stimme. Weich die Reichsregierung nicht, daß sie mit dieser Bestimmung neue große Unzufriedenheiten in den Reihen der Soldaten erweckt hat, jener Soldaten, die ihr Leben eingesetzt haben, um die Revolution zu ermöglichen? Was ist gelöst, lotharisch, edles Blut, und der Dank dafür ist, daß die Herrschenden auch mitteilich die Macht in diesen Händen. Das ist der Dank, Reichsregierung! Ihr Kapitalisten mößt keinen Bürgerkrieg, wir Soldaten auch nicht, aber gerade mit den erwähnten Bestimmungen bedroht man eine neue Gefahr herauf. Wir Soldaten warnen die Reichsregierung. Wenn es sein muß, kämpfen wir nochmals, aber für Männer, die Dank kennen und unsere Interessen in erster Linie wahrnehmen.

Wilhelm und sein Sohn.

Nach einer Berliner Mitteilung soll Wilhelm II. um die Erlaubnis ersucht haben, nach Kopenhagen zu überfliegen. Sein ältester Sohn soll, da die 1. holländische Ostbahn bei der er wohnt, nicht für seine Sicherheit bürge mag, von der holländischen Regierung interniert werden.

Ein netter Thronanwärter.

Nach langem Einüben haben am Dienstagabend endlich auch Dersog, Weynhard von Sachsen-Meinungen und der Thronerbe Prinz Ernst endgültig abgedankt. Für die Annahmehaft auf die Thronfolge erhielt Prinz Ernst eine Abfindung von 5 Millionen Mark. Das Verbotium wurde zur Vollstreckung ausgerufen und die gesamten Domänen zum Staatsbesitz erklärt.

Dem Prinzen Ernst ist als das Wollgeschafden-Item 5 Millionen wert. Hoffentlich hat man sie ihm nicht in die Hand, sondern in einer Anweisung auf lange Sicht ausgeteilt.

Die Geister, die man rief.

Berlin, 16. November. Bekanntmachung! Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgenossen vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach dem alten System fortzusetzen. Durch einen Erlass der preussischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Kommandeure ermächtigt, ihre Amt weiterzuführen. Dies ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter schärfter Kontrolle durch die öffentlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt. Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder reaktionäre Gegenbestrebungen bezeugen, aber unterstehen, sind durch den unabhängigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen. Es sind insbesondere allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizugeben, denen die höchste Verantwortung aller Maßnahmen obliegt. Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Zwangsmitteln zu brechen.

Der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenrates.
Wolfskuhr, Rich. Müller.

Man kann nicht der Reaktion den Stielbügel halten und sie nachher beherzigen wollen, zu — reiten.

Der Selbstmord des Militarismus.

(Privattelegramme für die "Rote Fahne".)
Jarlsloje-Selo, 16. November 1918.

In Russland ist die öffentliche Meinung aller Richtungen einträglich über die Politik der Reiter der Ententemächte gegen Deutschland. Selbst halb bourgeoise Kreise, in denen angenommen worden war, daß Wilsons Programm die Grundlage der Forderungen der Entente bilden würde, haben sich für die Regierungen der Entente Wilsons Projekte nur verächtliche Regungen gezeigt. Das Verbrechen, das der deutsche Imperialismus durch den Einfall in Belgien beging, ist nicht im Vergleich mit dem, was die Ententemächte jetzt begehen, ohne irgendeine Rechtfertigung oder Entschuldigung. Die Forderung der Entente, die die Unteroberung Deutschlands zum Ziele hat, wird vom russischen Proletariat nicht als Vorbereitung betrachtet, um wenn nicht formell, doch wenigstens effektiv die deutsche Volkserhebung zu unterstützen, sondern ohne Garantie für die internationalen Interessen des deutschen Volkes vollzogen. Die übrigen Forderungen der Entente haben große Erregung im russischen Volk hervorgerufen. In Straßenansammlungen kommentiert man mit größter Entschiedenheit die Bedingungen, die von Deutschland die Lieferung von 5000 Automobilen, 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons verlangen. Die Frauen besonders sagen sich mit Entsetzen, daß 120 000 000 Einwohner Mitteleuropas, darunter viele Millionen Frauen und Kinder, durch die Blockade bedroht werden infolge der Verminnung, die hervorgerufen werden muß durch die Ausplünderung Deutschlands durch die alliierten Imperialisten. Das russische Volk ist empört über das von den Reiter der Kriegsherrschern und Vorkosterern an der europäischen Bevölkerung begangene Verbrechen, ein Teufel, der die Politik der Ententemächte dirigiert. —

